

Gesundheitspolitische Umschau

Sonderdruck

Albert Amann Verlag · Inhaber H. Volkhardt · Postfach 1240 · D-8762 Amorbach/Odw.

35. Jahrgang

3/84

Trotz internationaler Abkommen zum Schutze der Donau-Auen:

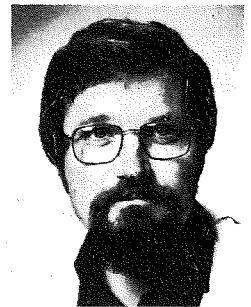
Verhökert die Republik Österreich die „Grüne Wildnis am großen Strom“ an die E-Wirtschaft?

Ein Bericht von Dr. Karl O. Heimann

Trotz internationaler Abkommen zum Schutze der Donau-Auen:

Verhökert die Republik Österreich die „Grüne Wildnis am großen Strom“ an die E-Wirtschaft?

Ein Bericht von Dr. Karl O. Heimann



Stimmen zu „Hainburg“

„Als Holländer wissen wir, warum wir so traurig sind, daß sich das Rheinwasser in eine stinkende Brühe verwandelt hat. Wir besingen den Rhein nämlich nicht in Gedichten, wir müssen sein Wasser trinken. Hier in Österreich ist die Natur noch besser erhalten und Sie können aus unseren Fehlern noch lernen...“ (Prinz Bernhard der Niederlande, World Wildlife Fund)

„Da die einst herrliche Donau-Flußlandschaft hier von Greifenstein aufwärts nun, im Kübel ist, bin ich entschlossen, die Hainburger Au zu verteidigen wie ein Löwe...“ (Nobelpreisträger Prof Dr. Konrad Lorenz)

„Nach Ausbau der Stufe Wien sind bereits 80 % der Österreichischen Donaustrecke – und damit 80 % ihres Energiepotentials von der E-Wirtschaft genutzt. Teils unter gewaltigen Landschaftsopfern. Die letzten 20 % sind zu retten, meinen die Umweltverbände, damit unsere Enkel wenigstens an zwei Beispiellandschaften des Donauraumes – der Wachau und der Auen bei Hainburg – erleben können, wie schön das alte Europa war...“ (Universitätsdozent Dr. Bernt Lötsch, Österreichische Akademie der Wissenschaften)

„Der Auwald ist etwas Besonderes. Er ist ein Wald, den man nicht nach Belieben wieder irgendwo pflanzen kann, wenn er anderswo zerstört wurde. Er ist eine hochspezialisierte Lebensgemeinschaft, die nur im Überschwemmungsbereich von Flüssen, nur im Nahbereich von Grundwasser gedeihen kann...“ (Dr. Elfrune Wendelberger, Zoologin, Autorin von „Grüne Wildnis am großen Strom“)

„Die Hainburger Au, das ist kein Wald, das ist nur Dikicht. Wenn man sich die Donau anschaut, dort wo sie gestaut wird, wie alle Böschungen und Begrünungen aussehen, dann ist das Bild schöner. Man wird auch Hainburg wieder kultivieren... Denn jetzt, ist da ja Wildwuchs, was brauch' ma uns da erzählen. Daher wird man's bauen!“ (Anton Benya, Gewerkschaftspräsident)

„Waren Sie schon in diesen Auwäldern? Ich kenne Sie aus keinem Fremdenverkehrsprospekt, ich war auch nicht dort und sicher haben sich bisher nur ganz wenige Fremde dorthin verirrt... Auch ich bin für die Schonung und Erhaltung der Natur, aber man muß wohl doch auch die Relationen sehen und jede Sache gesamtheitlich betrachten. Sehr oft geht es nur um Wählerstimmen... Sie möchten nun gleich eine Staatsaktion daraus machen – Boykott eines Fremdenverkehrslandes – und tun so als ob Österreich dabei wäre, ein internationales Naturdenkmal zu zerstören. Das ist der Hainburger Auwald sicher nicht...“ (Komm.Rat Wolfgang Zorn, Obmann des Fremdenverkehrsverbandes Seefeld/Tirol)

„Die Schutzwürdigkeit von Kröten, Fröschen und Restbeständen von Neandertalern, Kriech- und Weichtieren steht in keiner vernünftigen Relation zum wirtschaftlichen Nutzen...“ (Dr. Walter Fremuth, Generaldirektor der Energie-Verbundgesellschaft)

„Es ist sinnlos mit Technokraten zu streiten – die kennen den Preis von allem und den Wert von nichts.“ (Horst Stern, Journalist, Herausgeber von „natur“, München)

Der „österreichische Traum“, ein Alptraum?

„Grüne Wildnis am großen Strom“, ein bemerkenswertes Buch der Auwaldexpertin Prof. Elfrune Wendelberger, beschreibt das, was der ehemalige Österreichische Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Hertha Firnberg, zu retten suchte. Die Studie „Ökosystem Auwald“ (1975) sollte „die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, besonders die Organe der Raumplanung, auf die dringenden Probleme der österreichischen Donaulandschaft, speziell aber des Auwaldes“ lenken, damit:

- Vorsorge getroffen werde, daß die vitalen Interessen des Natur- und Landschaftschutzes mit der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes harmonisiert würden,
- das ökologische Gleichgewicht in diesem Bereich nicht gestört werde.

Zu retten suchte vor wem?

Der „Boss“, Dr. Bruno Kreisky, erklärte 1972 auf dem Parteitag der SPÖ in Villach: „Wir stellen uns vor, daß entlang der Donau, in einer Breite von 50 Km nach beiden Seiten hin – in einem Gebiet, in dem über zweieinhalb Millionen Österreicher leben – neue infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, die neue Industrien attrahieren sollen“.

Im „Raumplanungsverfahren“ sprach man etwa zur selben Zeit von „wasserstraßenorientierten Industriestandorten“, von einem „günstigen Bereich für neue Hafenanlagen und ‚Länden‘, von Industrieflächen, Zufahrtsstraßen, Eisenbahnan schlüssen und Versorgungsleitungen“.

Der Bevölkerung, die noch gewisse „Arbeitskraftreserven anzubieten“ habe, bestätigte man eine „beträchtliche Industrialisierungsbereitschaft“. Stark belastete Abwässer der anzusiedelnden „Zuckerfabriken, Kartoffelverwertungsfabriken, Erdölbetriebe, chemischen Großbetriebe, Zellulose- und Viskose-Fabriken...“ sollten gemäß einer Studie der „DoKW“ über die

Donau abgeführt werden. Mit diesen harmlosen „vier Buchstaben“ ist der Verursacher der gesamten heute anstehenden Auwald-Misere genannt, die „Donaukraftwerksgesellschaft“. Sie ist jedoch nur ein „Pseudonym“, eine Abspaltung des staatlichen österreichischen Energieverbundes. Die DoKW, die mit allen Mitteln das Flußkraftwerk „Hainburg“ an der Donau bauen will, das ist – von 6 % Länderanteil abgesehen – der österreichische Staat bzw. seine gegenwärtige SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung selbst.

Somit will der Staat in einer seiner Erscheinungsformen als „die Energieversorgung“ eine seiner anderen Erscheinungsformen, seine eigene Morphologie und Eigenart verstümmeln. Eine Selbstamputation? Ein Akt von „Autophagie“, ein „Selbstauffressungsprozess“?

Die Abwandlung eines Spruches einer großen Mineralölfirma scheint bei den „Machern“ gegriffen zu haben: „Hier gibt's viel zu verdienen. Packen wir's ein!“

Eine Minderheit jedoch scheint einen Prozess bereits hinter sich zu haben, den der Chef der österreichischen Journalistengewerkschaft Günther Nenning formulierte: „Denken macht Kopfweh...“ Sie hat über das geplante Kraftwerk „Hainburg“ nachgedacht und sagt... „Nein“!

Der Auwald

Von dem Projekt betroffen würde eine der letzten und ursprünglichsten europäischen Landschaften: der Auwald. Er ist die üppigste Erscheinungsform des mitteleuropäischen Waldes, ein „europäischer Urwald“.

Österreichische Politiker, vermutlich füssend auf fehlerhaften „wissenschaftlichen“ Gutachten, bezeichnen ihn oft als „zwar wertvolles“, jedoch Sekundär-Biotop.

Gerade dies ist er nicht.

Seitdem wir von einem mitteleuropäischen Klima heutiger Prägung sprechen können, seit der Wende Miozän zum Pliozän vor ca. 3 Millionen Jahren, hat es nach Aussagen

von Geologen und Paläobotanikern den Auwald in einer – seiner heutigen sehr ähnlichen – Form gegeben. Er ist ein „topolabiles“ Biotop. Er siedelt sich entlang mäandrierender Flüsse auf flußbegleitenden Schotter- und Sandbänken immer dann an, wenn der Fluß selbst es zuläßt.

So konnte sich der Auwald zwischen *Wien* und *Hainburg* nicht wegen der Donauregulierung im letzten Jahrhundert, sondern trotz menschlicher Eingriffe in das Fließgleichgewicht des Donaustromes, aus eigener Kraft Restbestände seines ehemaligen Lebensraumes als urtümlicher Wald zurückerobern.

In Mitteleuropa gibt es am *Oberrhein* und an der *Rhône* nur noch geringe intakte Auwaldreste. Einer konnte an der Einmündung der *Murg* in den *Rhein* jetzt gerettet werden. Die *Bundesrepublik Deutschland* und *Frankreich* verzichteten in bilateralem Einvernehmen auf die ehemals gemeinsamen Baupläne, die den dortigen Auwald durch gleichmäßigen Wasserstand hätten ersaufen lassen.

Denn definiert ist der Auwald durch zwei Charakteristika:

- den hoch anstehenden Grundwasserspiegel und
- die jährlich pulsierenden Überschwemmungen.

Morphologisch tiefer liegende *Weichholz-Auen* haben mit ihrem Wurzelbereich einen ständigen Kontakt zum Grundwasser. Die

höherliegenden *Hartholz-Auen* werden nur bei unregelmäßigen besonderen Hochwasserständen geflutet. Die Hochwasserfluten führen große Mengen an Schwebstoffen mit sich. Grund für die urwaldartige Üppigkeit dieser Waldform. Die Pulsationen der schwankenden Grundwasserstände regeln nicht allein den Gasaustausch in der Wurzelzone. Sie bedingen auch die kleinsträumige Verzahnung von Trocken- und Feuchtbiotopen. Durchflossene Altarme, verlandende Auweier, Wiesen, „Heißbländen“ wechseln mit feuchten und trockenen Wäldern, Sand- und Schotterbänken. Autümpel, Aubäche, teils abgeschlossen und grundwassergespeist, teils gegen den Strom offen oder von ihm gemäß wechselnder Wasserstände durchflossen, garantieren eine vielfältige Fauna und Flora. Die Artenzahlen liegen nach Rasterkartierungen um 100–200 Prozent höher als in anderen Lebensräumen. Das Hochwasser als lebensnotwendiger „Destabilisator“ vermeidet das Erreichen eines Endzustandes dieses Biotops, der gleichbedeutend wäre einer Verarmung an ökologischen Nischen und damit der Artenvielfalt.

Die Aufgaben des Biotops

Wassertechnik:

- Retentionsraum des Hochwassers als Ausgleichsspeicher in Trockenzeiten,
- Vorfluter für die Umgebung,
- „Biologische Grasisaufbereitungsanlage,“
- Trinkwasserreserve.

Klima:

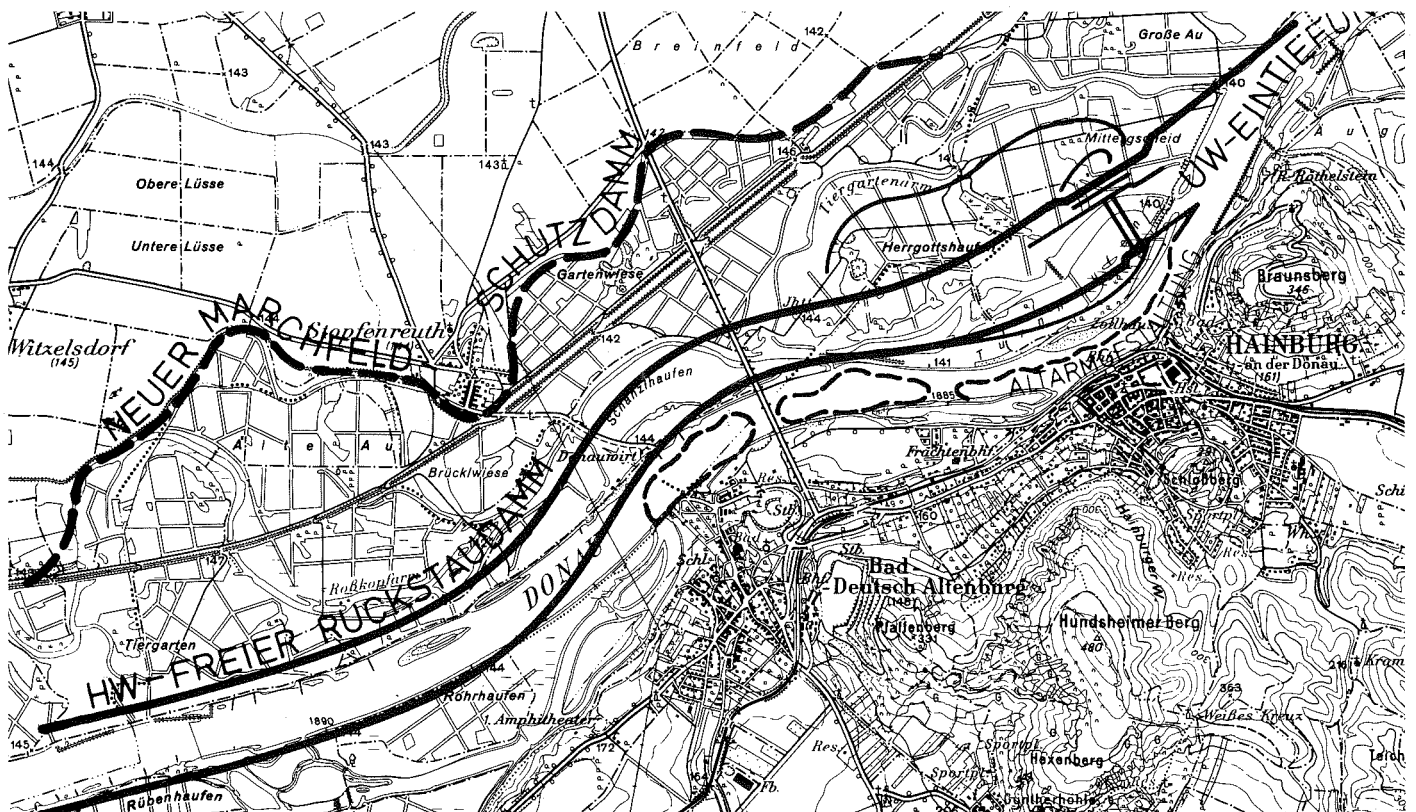
- Erhöhung der Luftfeuchtigkeit
- Betauung der versteppenden angrenzenden Gebiete bis zu 60 km landeinwärts,
- Ausgleich der Sommertemperaturen
- Luftfilterung in der Umgebung des Ballungsraumes *Wien*.

Regenerationsbereich und Genreserve für Fauna und Flora. Erholungsraum für den Menschen, insbesondere aufgrund der großen Waldrandlänge gegen das Marchfeld.

Führt man sich dann Sprüche wie die des Gewerkschaftspräsidenten *Anton Benya* (1983) vor Augen: „Die Hainburger Au, das ist kein Wald, das ist nur Dickicht. Wenn man sich die Donau anschaut, dort wo sie gestaut wird, wie die Böschungen und Begrünungen aussehen, dann ist das Bild schöner. Man wird auch Hainburg wieder kultivieren...“, dann kann man ihm und Genossen nur noch einige Kilowattstunden zum Trinken und eine Gasmaske zum Atmen anbieten. Eine Diskussion erübrigt sich.

Das Bauvorhaben „Hainburg“

Das Kraftwerk soll im ökologisch wertvollen Auegebiet, der *Schöpfenreuther Au*, gegenüber dem Städtchen *Hainburg* in Trockenbauweise gebaut werden. Das Stauziel soll 11 bis 12 Meter über dem Niveau des Augeländes liegen und eine Unterwasser-austiefung von 1,5 m erfahren.



Die Flächenbeanspruchung durch Stauraum, Dammschüttungen und Kraftwerksinsel beträgt 872 Hektar. Abzuziehen wären ca. 150 Hektar für abzutransportieren des Baggergut. Zwei Schleusen sollen gebaut werden. Die Leistung soll bei 29075 GWh liegen. Die Kosten sind auf ca. 13 Milliarden Schilling bei 30-monatiger Bauzeit veranschlagt.

Arbeitsplätze sollen durch „Hainburg“ gesichert werden. Fünfzehn Firmen des Tiefbausektors schlucken Dreiviertel der Investitionssumme. Der Rest fließt in die Kassen der Maschinenausstatter. Bei der Errichtung eines der größten Kraftwerke, *Greifenstein*, schwankte die Baustellenbesetzung zwischen 800 und 1400 Arbeitern und Angestellten. Die Behauptung, mit dem Auftragsvolumen seien 6000–7000 Arbeitsplätze gesichert, ist nirgendwo belegt.

Ein oppositioneller österreichischer Politiker sprach vom Schlagwort der „Arbeitsplatzsicherung“ als einem neuen „Worthammer“, mit dem man auf mißliebige Zeitgenossen beliebig eindreschen könne. Die „Betonierer“ scheinen des Projektes *Hainburg* derart sicher gewesen zu sein, daß sie es gleich unterließen, parallele Pläne für das ebenfalls vorgesehene kleinere Kraftwerk am Ausgang der Stadt *Wien*, zu entwickeln. Liegen sie nicht doch vielleicht in irgendeiner Schublade?

Hier hätten – während einer heilsamen Nachdenkphase über *Hainburg* – die „ohne *Hainburg*“ angeblich Arbeitslosen Brot und Beschäftigung gefunden.

Der Standort „Röthelstein“

Dieser Standort flußab *Hainburg* bringt aus der Sicht des Schutzes der *Au* keine Vorteile. Wie beim Standort *Hainburg* selbst, müßte das neue Donaubett auf das Gebiet der hochwertigen linksufrigen Weichholz-*Au* verlegt werden. Außer einem leichten Terraingewinn an Auwald würde auch diese Variante die Abtrennung der *Au* vom Strom mit allen ihren Folgen bedingen.

Hydrogeologische Aspekte

Fehlt die Schotterfracht, das Geschiebe, durch die stromauf bereits gebauten Kraftwerke, so tieft sich der Fluß zwangsläufig flußab der letzten Staustufe ein. Dies jedoch nicht – wie oft dargestellt – linear fortlaufend und auf „ewige Zeiten“.

Die behauptete Eintiefung der Donausohle zwischen *Wien* und *Hainburg* ist nicht nachgewiesen. Die Wasserstände zwischen *Wien* und *Hainburg* sind sogar angestiegen. Erklärlich, denn die flußauf *Wien*, im *Tullner Feld*, ausgeräumten Schotter und Kiese kamen und kommen noch heute flußab Wiens zur Sedimentation.

Vorausgesetzt es käme hinter dem zu errichtenden *Stauwerk Wien* erneut zur Eintiefung, so könnte über *Flußsohlenarmierung* und/oder *Geschiebezugabe* wie am Oberrhein diese zunächst entstehende Übertiefung neutralisiert werden.

Die hydrologische Situation der Auen hat sich keinesfalls, wie seitens der Ministerien oft behauptet, verschlechtert.

Kein Grund also, *Hainburg* aus diesem Grunde und „den Sachzwängen folgend“ zu befürworten.

Hainburg damit „verkaufen“ zu wollen, die „austrocknende *Au*“ dann besser mit Gießgängen dotieren zu können, ist vom *wasserbaulichen Standpunkt her nicht haltbar*. Der im Flußwasser mitgeführte Schweb setzt selbst feinste Poren der vorhandenen oder künstlichen Bewässerungsläufe zu. Es ist das Prinzip der Talsperrenabdichtung mit Bentonit etwa, einer extrem feinen Tonmineral-Fraktion. Die Austrocknung der *Au* findet deshalb augenblicklich und bisher irreversibel gerade dort statt, wo man obige Methode praktiziert: bei *Krems a. d. Donau*.

Was die *Au* braucht, ist *pulsierendes Wasser*. Abschneiden und Gießen der *Au* bedeutet die Anlage eines „Schrebergartens“ und die willkürliche Vernichtung eines Biotops durch Nichtberücksichtigung seiner Exi-

stenzgrundlagen, eine Fehldiagnose, die den „Patienten“ bei aller gutgemeinten Fürsorge „über den Jordan gehen läßt“.

Warum denn überhaupt ein Kraftwerk?

„Strom aus dem Strom!“ heißt die Devise der E-Wirtschaft. Braucht man ihn? Die E-Wirtschaft meint: „Energie kann man nie genug haben“. Das ist Ansichtssache. Sehen wir uns zwei Graphiken zur *Strom-Bedarfsprognose* und zum tatsächlichen *Strom-Verbrauchsentwicklung* an. (vgl. Abb. 2 und 3)

Addiert man hierzu die Entwicklung des Stromverbrauchs bzgl. der gesamten Elektrizitätsversorgung (Abb. 4) so geht – zumindest für den Autor – aus diesen Graphiken („Projekt Donaukraftwerk *Hainburg*“, S. 11, 14, 15) keine zwingende Notwendigkeit hervor, dieses Kraftwerk unbedingt zu bauen. Der hier in Zukunft erzeugte Strom, so war aus dem Handelsministerium zu hören, werde ins Bandstromnetz fließen, damit man „mit Export-Strom aus anderen Quellen flexibler sei.“ Eine neue österreichische Variante des Exports eines *Naturdenkmals*?

Man könnte es wie *Prof. Antal Festetics*, Institut für Wildbiologie und Jagdkunde der Universität Göttingen formulieren: „Erhoffte Stromverkäufe rechtfertigen noch

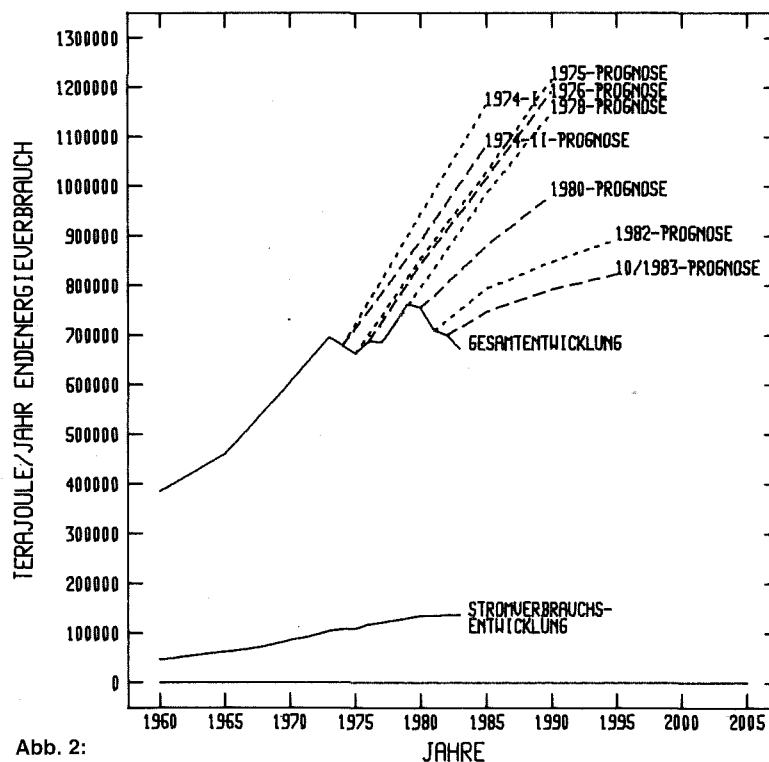


Abb. 2:

Die Energieprognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts und die tatsächliche Entwicklung des Energieverbrauchs — Wunschträume als „Sachzwang“ für die Energiepolitik?

(zusammengestellt nach den Energieverbrauchsprognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts und nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamts)

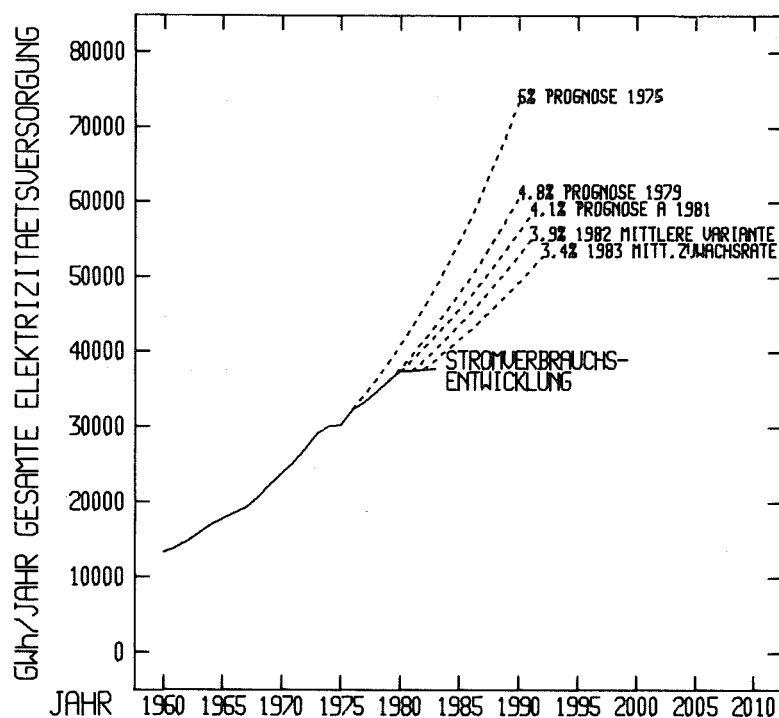


Abb. 3:

Die Entwicklung des Stromverbrauchs: die Prognosen der Elektrizitätswirtschaft (gestrichelte Linie) und die tatsächliche Entwicklung (ausgezogene Linie)

Die Prognosen der Verbundgesellschaft und der Landesgesellschaft, die etwa 85% der gesamten Elektrizitätsversorgung bestreiten, wurden auf die gesamte Elektrizitätsversorgung bezogen. Sie sind typisch und dominieren die Elektrizitätswirtschaft im hohen Maße.

keine Absage an internationale Abkommen zum Schutze der Au. Mit derselben Logik könnte man im ‚volkswirtschaftlichen Interesse‘ den Wiener Stephansdom zur Citygarage umbauen. Dies brächte mehr Parkgeld ein als Spenden in den Operstock.“

Abb. 4:

Verbrauch in GWh (ohne Pumpspeicherung)	Zuwachs- rate (%)
1970	23908
1971	25364
1972	27209
1973	29194
1974	30243
1975	30275
1976	32435
1977	33377
1978	34748
1979	36170
1980	37472
1981	37520
1982	37748
1983	38314

Entwicklung des Stromverbrauchs
(gesamte Elektrizitätsversorgung)

Gesamte Elektrizitätsversorgung: umfaßt Aufbringung und Verwendung elektrischer Energie bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, bei den Industrie-Eigenanlagen und bei den österreichischen Bundesbahnen (ohne Pumpstrom).

Die internationalen Abkommen

Seit dem 16. 4. 83 gilt in Österreich das sog. „Ramsar-Übereinkommen“ über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel. Anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden die ausdrücklich als Naturschutzgebiet aufgeführten „Donau-March-Auen“ in die „Liste international bedeutender Feuchtgebiete“ aufgenommen. In zweiter Linie ist am 1. 9. 83 die „Berner Konvention“ in Österreich in Kraft getreten. Sie beinhaltet die *Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume*.

Bedenken

Es stehen zur Debatte:

- Verseuchung der Trinkwasser-Ressourcen der Stadt Wien in der Lobau,
- Virologische und bakteriologische Gefahren durch den Stau (GU 2/84),
- Beeinträchtigung der Heilquellen von Deutsch-Altenburg.

Es ist müßig, verbalen und schriftlichen Zusicherungen zu glauben, die betonen, daß „nichts geschehe“ und daß eine vollbiologische Kläranlage für Wien gebaut werde. Solange nicht im „ungetürkten Versuch“ eine Umweltverträglichkeitsprüfung erbracht ist

– wie für den *Marchfeldkanal* seitens der Projektgruppe auf freiwilliger Basis angeboten – ist eine Gefährdung aufgrund hydrogeologischer (Prof. M. Schuch) und virologischer (Studie der WHO, 1979) Fakten nach wie vor anzunehmen. Wiedergutmachungsgelder an die *Stadt Wien* durch die „Donaukraftwerkgesellschaft“ bei Trinkwasserpannen?

„Kilowattstunden kann man nicht trinken!“, sollte sich herumgesprochen haben.

Das niederösterreichische Naturschutzgesetz

Dieses Gesetz läßt eigentlich keinen Zweifel daran, daß die Staustufe eklatant gegen die Bestimmungen verstoßen würde. Dort heißt es: „Die Bewilligung ist zu versagen, wenn durch Maßnahmen oder Vorhaben ...

1. das Landschaftsbild
2. die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart oder
3. der Erholungswert der Landschaft für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr

dauernd und maßgeblich beeinträchtigt wird und nicht durch Vorschreibung von Vorkehrungen die Beeinträchtigung weitgehend ausgeschlossen werden kann.“

Das Gesetz würde somit einen Donau-March-Thaya-Nationalpark favorisieren! (vgl. Abb. 5, S. 62)

Dies zu entscheiden liegt aber beim Land *Niederösterreich*, nicht beim Bund, und an den letzten drei Zeilen des zitierten Textes wird sich das Schicksal der Donau-Auen entscheiden.

Drei „Bezirkshauptleute“, Beamte also, sollen aufgrund der Befunde vierer Gutachter, deren Parteilichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, über das Projekt befinden.

Geht es in die nächste Instanz, so befindet sich nicht der *Niederösterreichische Landtag*. Es befindet sich der *Landesrat für Naturschutz*.

Dr. Ernest Brezowsky ist ein erklärter Befürworter des Projektes und 58 Jahre alt. Spekulationen in Wien führen die Sicherheit der Koalitionsparteien in Sachen Hainburg auf eine angeblich bereits erfolgte Zusage des SPÖ-Mitglieds an die Genossen zurück. Eine Meinungsumfrage der *Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft* ergab Anfang Dezember 83, daß sich 58 Prozent der Wiener Bevölkerung gegen den Bau Hainburgs und nur 29 Prozent dafür aussprachen. Das gesamtösterreichische Ergebnis (44% für den Bau, 38% gegen den Bau), ist kaum relevant, denn für einen Tiroler ist Hainburg „Balkan“. Interessan-

ter zu werten ist, daß sich Anfang 1983 noch 91 Prozent (!) der Bevölkerung für den Bau Hainburgs ausgesprochen hatten.

Einerseits 140.000 Unterschriften gegen das Bauwerk und für den Auwald, andererseits eine einzige Unterschrift am Ende eines Behördenweges?

Die Niederösterreichische Regierung hätte die Möglichkeit, Dr. E. Brezowsky zu bitten – nicht das Recht, von ihm zu fordern – eine solche Entscheidung nur im Kollegium zu treffen.

Will das die niederösterreichische Regierung unter Dr. Siegfried Ludwig (ÖVP)?

Würde Dr. Brezowsky akzeptieren?

Ich hoffe, als Nicht-Österreicher diesen Behördenangriff gründlich mißverstanden zu haben.

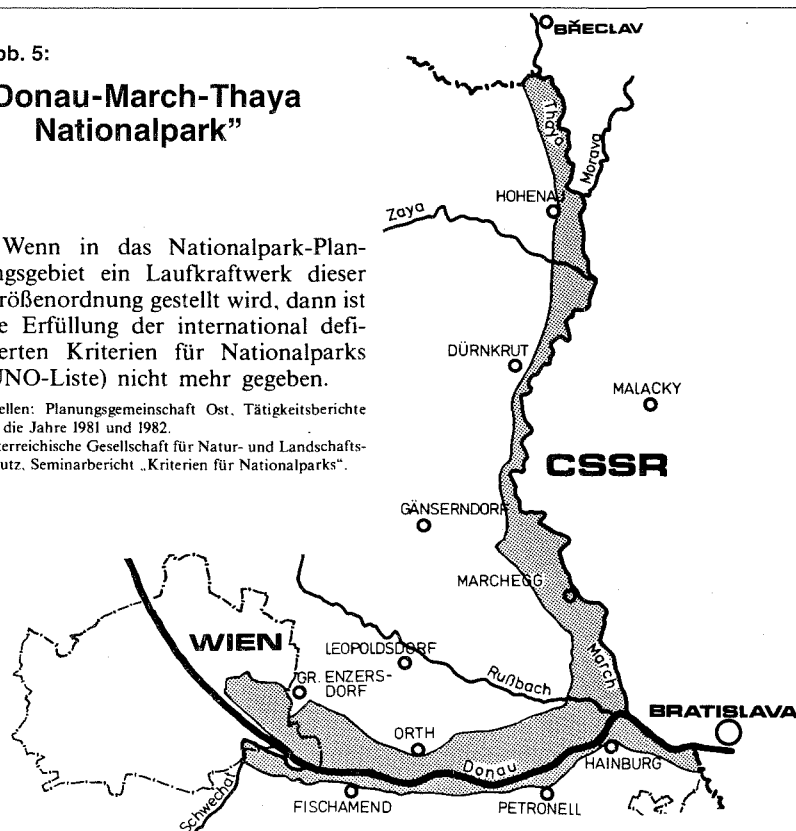
Was aus weiteren Gesprächen in Österreich resultierte, was sich an Reaktionen auf das Vorgehen der österreichischen Regierung in Liechtenstein, der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und beim Europarat in dieser Sache tat, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Abb. 5:

„Donau-March-Thaya Nationalpark“

Wenn in das Nationalpark-Planungsgebiet ein Laufkraftwerk dieser Größenordnung gestellt wird, dann ist die Erfüllung der international definierten Kriterien für Nationalparks (UNO-Liste) nicht mehr gegeben.

Quellen: Planungsgemeinschaft Ost. Tätigkeitsberichte für die Jahre 1981 und 1982. Österreichische Gesellschaft für Natur- und Landschaftsschutz. Seminarbericht „Kriterien für Nationalparks“.



Zunächst die Befürworter des Projekts:

Gespräch mit Dr. Volker Kier (FPÖ), Büro des Vizkanzlers Dr. N. Steger, Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Wien, 27. 02. 84

Wir sind im letzten Mai in die Regierung eingetreten und haben bestimmte „Ist-Zustände“ vorgefunden.

Die Energieversorgung erfolgt in Österreich durch den Energieverbund. Für den Energiesektor ist seit der Ölkrise 1973 das Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig.

Aus dem Energieverbund ausgegliedert sind Gesellschaften, die sich ausschließlich mit dem Kraftwerkbau beschäftigen, so die Tauern-Kraftwerksgesellschaft, die Donaukraftwerksgesellschaft (DoKW).

An der DoKW sind der Bund mit 94%, die Länder Wien, Oberösterreich, Niederösterreich und Burgenland zusammen mit etwa 6% beteiligt.

Flußkraftwerke müssen Vorrang haben vor dem Ausbau der Wasser-Speicherkraftwerke in den Alpen. Letztere können nur den Spitzenbedarf abdecken.

Die heimische Elektrizitätsversorgung baut zu etwa 70% auf der Wasserkraft auf. In der Gesamtenergieaufbringung (inländische Erzeugung) macht die Wasserkraft etwa 40% aus.

Zu Hainburg: Uns war schon nach dem Bau des mit Bayern gemeinsamen Kraftwerks Jochenstein klar, daß man einen Fluß, des-

sen Ausbau man begonnen hat, nicht einfach an einer beliebigen Stelle liegen lassen kann. Etwa nach dem Motto: „Jetzt ist Greifenstein gebaut, jetzt haben wir die Freude verloren, wir sind draufgekommen, daß ...“



Dr. jur. Volker Kier
(FPÖ)
Büro des Vizkanzlers
Dr. N. Steger,
Ministerium für
Handel, Gewerbe
und Industrie,
Wien, Österreich

Das Ausbleiben des Sedimentschubs ist zu berücksichtigen und, daß sich der Fluß hinter der letzten Staustufe eintiefen wird. Ich kann die letzte Baustelle nicht verlassen und in Untätigkeit verfallen ...

Wir haben aus der Sicht des Ministers den Ausbau der Donau nie bezweifelt, wir waren immer der Meinung, daß man flußab Greifenstein immer noch ein oder zwei Standorte für Kraftwerke würde suchen müssen ... Diese Standorte müßten nach Ansicht des Ministers so gewählt werden, daß der Eingriff verantwortbar ist. Daher

wurde frühzeitig eine Listung jener ökologischen Grundvoraussetzungen vorgenommen, die eingehalten sein müssen, damit überhaupt ein solcher Bau durchgeführt werden kann:

- Sicherung des Grundwassers
- Sicherung der Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg
- Minimierung der in Anspruch genommenen Auwälder.

Rein von der Zuständigkeit her gehört nur die energetische Sicht in den Bereich des Ministers. Die anderen sind politische Forderungen, da die Sachkompetenz im Bereich anderer Ministerien angesiedelt ist.

Unsere Stellungnahme zum „volkswirtschaftlichen Interesse“, Voraussetzung für die Erklärung Hainburgs zum „bevorzugten Wasserbau“ durch Minister Haiden, ist an eindeutigen kaufmännischen Ziffern aufgehängt. Es sind jedoch darin noch nicht alle Kosten enthalten, die durch Auflagen entstehen könnten. Ich habe mir vor allem die Kosten festlegen lassen, von denen die Projektanten ausgehen. Die Gesamtrechnung auf der Kostenseite hat Konsequenzen auf die Einschätzung der „volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit“. Die „volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeits-Definition“ könnte sich theoretisch selber wieder in Frage stellen.

Die Rechnung aufbauend auf Zahlen, die der Verbundchef Dr. Walter Fremuth einmal genannt haben mag, und die lautet Export 7 Milliarden KWh, abzüglich des Imports von 3,2 Milliarden KWh macht 3,8 Milliarden KWh österreichischer Exporte, kann man so nicht stehen lassen. Wir sind ein Energie-Transit-Land. Was an reinem Export derzeit übrig bleiben dürfte, liegt bei 50% dessen was Hainburg herstellen soll.

Zu Ihrer Frage: „Ist Hainburg unbedingt nötig“? Hainburg braucht man insoweit nicht, das sage ich Ihnen auch gerne, denn es steht noch nicht! Wenn wir es jetzt schon gebraucht hätten, wäre die Versorgung bereits zusammengebrochen. Hainburg soll Bandstrom liefern mit dem Ziel, im Strom-

export aus anderen Quellen elastischer zu werden.

Zur Energiepolitik: Wir sind bemüht, die Wasserkraft auszubauen, um fossile Brennstoffe zu substituieren, Öl und Kohle herauszudrängen. Zu welchem Prozentsatz kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen. Kalorischer Strom wird bei wechselnden Wasserständen, von dem die Wasserkraftwerke abhängen, als Puffer immer vorhanden sein müssen.

Insgesamt soll im Rahmen der Energieversorgung Österreichs die Stromproduktion ausgeweitet werden. Dies kommt in dem Energiekonzept, „Markal-System“, das der Vizekanzler dem Parlament im November 1984 vorlegen wird, eindeutig zum Ausdruck.

Gespräch mit Dipl. Ing. Günter Haiden, (SPÖ), Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Wien, 27. 02. 84

Die Erklärung zum „bevorzugten Wasserbau“ ist keine Entscheidung über das Projekt. Voraussetzung ist das durch den Vizekanzler attestierte „volkswirtschaftliche Interesse“, und das ist bei diesem größten Flußkraftwerk Österreichs mit mehr als 2000 Gigawattstunden gegeben. Die Formulierung „bevorzugter Wasserbau“ bedeutet lediglich die Beschleunigung des Behördenweges.

Es besteht durch den Bau die Möglichkeit der Substitution von 500.000 Tonnen Öl, das wir importieren und in kalorische Wärme umwandeln. Daran erkennen Sie das volkswirtschaftliche Interesse, das gleichzeitig auch ein Umweltschutzinteresse darstellt.

Ich muß mit Nachdruck darauf hinweisen, daß bei der bisherigen Vorgangsweise weder der Gesetze verletzt worden sind, und schon garnicht internationale Übereinkommen. Es ist ein fundamentaler Irrtum, daß diese Abkommen die energetische Nutzung des Flusses verbieten.

Das Respektieren einer 5-jährigen Kündigung dieser Übereinkommen – wie in Ihrer Frage formuliert – ist daher garnicht notwendig.

Ich bin seit vielen Jahren Besucher der Au, für die sich die Umweltschützer erst seit einigen Monaten interessieren. Die Au trocknet derzeit aus. Wir haben eine Veränderung der Pflanzengesellschaften. Wir haben eine Entwicklung von der „weichen“ zur „harten“ Au. Die Donau tieft sich in diesem Flußabschnitt derzeit um 2–3 cm ein pro Jahr. Wenn das tschechisch-ungarische Kraftwerk jenseits der Grenze realisiert sein wird, reicht der Stau bis zur Marchmündung zurück. Auf der verbleibenden Fließstrecke wird sich die Donau



Dipl. Ing. Günter Haiden
Bundesminister für
Land- und Forstwirtschaft,
Wien/Österreich

beschleunigt eingraben, gleichbedeutend einem Sog auf das Grundwasser des Marchfeldes und der Austrocknung der derzeitigen Au.

Das Grundwasser des Marchfeldes werden wir durch einen Stichkanal aus Richtung des geplanten Marchfeld-Kanals dotieren müssen, weil alljährlich dem Marchfeld mehr Wasser entnommen wird als die Natur zurückgibt . . .

Die linksufrige geschlossene Aulandschaft ist die ökologisch bedeutendere. Die Verlegung des Staus stromauf zur Schonung der hochwertigen Stopfenreuther Au – ein von mir ursprünglich favorisierter Plan – verbietet sich aus hydrogeologischen Aspekten, u. a. aufgrund der potentiellen Gefährdung der Heilquellen von Deutsch-Altenburg.

Zum Zahlenmaterial: Im Bereich des Staus liegen als Kerngebiet ca. 8000 der insgesamt 22.000 Hektar großen Auenlandschaft flußab Wien. Wir brauchen ca. 500 Hektar für das Kraftwerk und den Durchstich und ca. 170 Hektar gewinnen wir Altarm-Auenlandschaft im Bereich des jetzigen Flußlaufes. Die Schuttedeponien werden außerhalb der Aulandschaft angelegt.

Das hat der E-Wirtschaft nicht geschmeckt, aber Umweltschutz kostet etwas. Es wird

kein Kraftwerk in Österreich errichtet werden mit ebenso rigorosen Auflagen wie Hainburg. Es ist ökologisch ein sehr wertvolles Gebiet, jedoch keine Urlandschaft wie behauptet. Es ist jetzt schon ein Sekundär-Biotop.

Man vergißt bei der Argumentation auch, daß die Dotation des Biotops nach Realisierung der Staufstufe besser sein wird, als bisher. Die Überschwemmungen werden immer weniger, Jungeichenbestände zeigen die zunehmende Austrocknung an. Dies bereitet uns Sorgen.

Bezüglich der Regelung der Dotation: ich halte es für falsch wenn man die Dotation dem Einvernehmen zwischen E-Werk-Betreibern und Grundbesitzern überläßt. Man hat den Eindruck, daß die E-Wirtschaft um jeden Tropfen Wasser weint.

Extremstandpunkte gehen nicht mehr und wenn die E-Wirtschaft früher Vorschläge zur Wahrung der Ökologie zugänglich gewesen wäre, wäre das Problem weniger emotionalisiert worden.

Für das Kraftwerk ist eine Ökologiekommision beteiligter Wissenschaftszweige eingesetzt, die begleitende Maßnahmen vorschlägt, die Mitinhalt des wasserrechtlichen Bescheides werden. Auch nach Fertigstellung des Bauwerks wird sich mein Ressort ein Recht vorbehalten, Dotierungen auf Anraten dieser Kommission anordnen zu können. Das überlassen wir nicht mehr den E-Werksunternehmen . . .

Neben dem Ausschluß der Gefährdung der Quellen von Deutsch-Altenburg wird die Sicherung der Trinkwasserreserven der Lobau zur Versorgung Wiens einer der wesentlichen Punkte des Bewilligungsverfahrens sein. Für Wien wie für uns stellt sich nicht die Frage des Schadenersatzes bei evtl. Pannen. Wir brauchen Trinkwasser für die Bevölkerung . . .

Der Stau muß zur Verbesserung der Wasserqualität, nicht zur Verschlechterung führen. Dazu gehört die Umstellung der Wiener Großkläranlage auf eine vollbiologische Anlage. Ebenso ist die vollbiologische Anlage der Stadt Schwechat bereits genehmigt . . .

Zur Frage des biologischen Filters der Schotterbänke unter dem Auwald: ohne Stau wird sich die Donau eintiefen, und die Schotterbänke würden bald nichts mehr zu filtern haben.

Zum Standort Röthelstein zwischen Marchmündung und Grenze: Diese Variante würde einen noch besseren Schutz des Marchfeld-Grundwassers bedeuten. Die Kraftwerksinsel würde keinen Auwald kosten. Die Schleusendurchfahrt käme allerdings ins Schleusenknien zu liegen. Der Wasserverkehr könnte gemäß der Obersten Schiff-

fahrtsbehörde dennoch gefahrlos stattfinden bis auf die Abdrift der stromabfahrenden Geleitzüge.

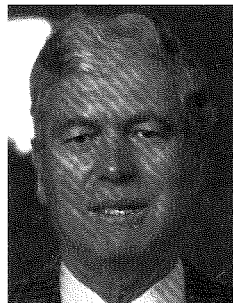
Darüber zu entscheiden, ob „der Kahn dem Fluß oder der Fluß dem Kahn angepaßt sein soll“, fällt nicht in mein Ressort . . . Eben-

sowenig liegt die endgültige Entscheidung über den Bau bei mir.

Wenn der *Landtag Niederösterreichs* aufgrund der Naturschutzklausel den Bau ablehnt, hat keine Bundesbehörde das Recht diese Entscheidung zu bekämpfen . . .

Gespräch mit Dr. K. Steyrer (SPÖ), Ministerium für Gesundheit und Umwelt, Stubenring 1, Wien, 27. 02. 84

Daß „Hainburg“ eine Entscheidung war, die einem Umweltschutzminister nicht unbedingt große Freude bereitet, dürfen Sie mir abnehmen. Ich habe seit ich Minister bin, und das ist der 20. Jänner 1981, immer wieder für den Schutz dieses Auenwaldes plädiert.



Dr. med. Kurt Steyrer
(SPÖ)
Dermatologe
Bundesminister
für Gesundheit
und Umwelt

Alle Umweltschützer, alle Umweltorganisationen, auch Umweltschützer internationalen Ranges haben in Anfangsgesprächen bei mir immer wieder die Meinung vertreten, daß sie nichts gegen einen Kraftwerksbau im Bereiche von Hainburg hätten. Sie plädierten alle für eine möglichst die schonende Variante. Dadurch wurde es nach Bildung der Koalition möglich, daß der Wasserbau Hainburg in die Regierungserklärung aufgenommen wurde. Damals noch von mir im guten Glauben, im Einvernehmen mit den Umweltschützern zu handeln.

Die Umweltschützer haben ihre Meinung geändert, nicht ich. Nun haben die Umweltschützer nach Bekanntwerden der Varianten des Bauwerks – und das ist durchaus legitim – erklärt, es sei keine einzige für sie akzeptabel, da in jedem Fall zuviel Auwald unwiderbringlich zerstört werde.

Meine Meinung, die ich nie geändert habe, ist nun bei den Umweltschützern fraglich geworden, die mir vorwerfen, daß ich die Schwenkung nicht mitgemacht habe.

Zu Ihrer weiteren Frage. Ich habe keine eigentliche Kompetenz in diesem Bereich. Der Umweltschutz ist in Österreich eine „Adnexmaterie“ und Kompetenzen sind in einigen Ministerien angesiedelt.

Primär zuständig ist der *Handelsminister* als *Energiefachmann* und als *Beauftragter des Bundes*, als *Eigentumsvertreter* für den Kraftwerksbau. Sekundär Minister Haiden

für die Frage des *Wasserrechts* und im dritten entscheidenden Bereich ist die *Niederösterreichische Landesbehörde* als Naturschutzbehörde in der Lage, einen solchen Bau zu gestatten oder abzulehnen . . .

Die Erklärung zum „bevorzugten Wasserbau“ durch Minister Haiden bedeutet lediglich die beschleunigte Einleitung des Verfahrens. Es ist überhaupt noch keine Entscheidung gefallen . . .

Für mich als Gesundheitsminister sind einige Fragen zu klären:

- die mögliche bakteriologische und virologische Belastung des Staus und der Trinkwasserressourcen . . .
- die Erhaltung der Quellen von *Deutsch-Altenburg* . . .

Zur *Umweltverträglichkeitsprüfung von Großobjekten* gemäß der Erklärung des Kanzlers: Eine Regierungserklärung ist eine *politische Absichtserklärung*, kein *Rechtsdokument*.

Gespräch mit Walter Heinzinger, Generalsekretär des österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, Umweltsprecher der ÖVP

Die Opposition hat als Bundesparteileitung einen sehr bemerkenswerten Entschluß zu Hainburg gefaßt:

- die strenge Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren,
- die Einhaltung des spezifischen Au-Biotops,
- die Sicherung der Heilquellen von *Deutsch-Altenburg*,
- die Sicherung der Trinkwasserreserven für die Stadt *Wien*.

Die jetzige Fassung des *niederösterreichischen Naturschutzgesetzes* erlaubt unserer Meinung nach den Bau nicht. Das spezifische Biotop kann bei einem Bau der Staustufe *nicht erhalten werden*. Ausschließlich Techniker halten dies für möglich, sind uns aber den Beweis funktionierender Modellfälle schuldig geblieben. Sämtliche Versuche an *Donau* und *Rhein* mit vergleichbaren Biotopen sind schiefgelaufen.

Risiken für die Trinkwasserversorgung der Millionenstadt *Wien* und die Quellen von

Wir haben kein Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung von Großobjekten. Wenn ein solches Gesetz kommt, haben wir erst dann die Möglichkeit, Kompetenzen zu beanspruchen. Eine generelle Einführung eines solchen Verfahrens in den übrigen Industriestaaten würde unsere Position gegenüber der Industrie stärken . . .

Bezüglich der ersten Fragestellung, der der Bakteriologie und Virologie ist durch Minister Haiden in Abstimmung mit mir ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Bezüglich der Erhaltung der Quellen *Deutsch-Altenburgs* muß ein mittlerer Wasserstand über einen Stichkanal garantiert sein.

Zur Frage der internationalen Verträge: Für die Einhaltung des *Ramsar-Abkommens* bin ich als Minister verantwortlich. Es verpflichtet zum Schutz der Donau-March-Auen, allerdings unter Auflage eines „Gummi-Paragraphen“, der bei der Frage von Bauten dieser Art „nationales Interesse“ gelten läßt. Ausgleichsgebiete müßten ausgewiesen werden. Der Hochwasserdamm müßte nach Norden verlegt werden, ein Stichkanal müßte das Donau-March-Dreieck bewässern . . . Ausgewiesen sind hierfür 677 Hektar. Dies ist überhaupt die Voraussetzung, unter der bei Respektierung des Vertrages das Bauwerk errichtet werden könnte, zudem unter der Voraussetzung, daß das Projekt durch die *Niederösterreichische Landesregierung* genehmigt wird . . .



Walter Heinzinger
Generalsekretär
des österreichischen
Arbeiter- und
Angestelltenbundes
Umweltsprecher
der ÖVP,
Wien/Österreich

Deutsch-Altenburg können von den Projektanten nicht ausgeschlossen werden.

Zum gegenwärtigen Moment scheint der Bau unwahrscheinlich.

Zum „volkswirtschaftlichen Interesse“: Wir haben heute eine ganz neue Dimension des volkswirtschaftlichen Denkens. Natur ist ein „Produktionsfaktor“, wird immer kostbarer. Au-Gebiet dieser Einmaligkeit heißt *Genreserve, Erholungslandschaft nicht*

nur für Österreich, sondern Europa, heißt Kulturgeschichte, heißt letzte große Stromlandschaft Europas. Wir wissen, wenn wir Werte von morgen anschauen, welche Stellung die ursprüngliche Landschaft einmal haben wird. Ob sie nicht einmal besucht werden wird wie andere *Kulturdenkmäler* heute?

Das alles ist „volkswirtschaftliches“, ist wahrhaft nationales Interesse!

Zu den Gutachten, die die niederösterreichischen Bezirkshauptleute beraten sollen: Mir macht Sorgen, daß bei aller Wertschätzung ehemaliger Verdienste, der *Lorenz-Schüler Prof. Otto König* von der Idee ausgegangen ist, daß dem Ansturm von „Technik x Energie x Bauwirtschaft x politischer Lobby“ nicht standgehalten werden könne. Ich bin ihm für seinen „Reste-Rettungsversuch“ nicht so böse wie andere, glaube jedoch, daß er eine fachliche Fehleinschätzung vorgenommen hat. Er wäre – ohne diese – eine sehr wertvolle Stütze im Kampf um die Erhaltung der Au gewesen.

Ohne Bezug zu *Prof. König* nun sind wir alle sehr betroffen – und dies ist nicht nur in dieser Frage so – daß heute die Wissenschaftler in ihrer Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit und zur Wahrheitssuche eine hohe moralische Verfallsquote ausweisen, so daß man sich für beinahe jeden Fall das geeignete Gutachten besorgen kann. Was man nicht genug herausstellen kann: es gibt keine Gutachten über Wertefragen!

DIE Warner

Der „Gutachterkrieg“ ist eine Fluchtreaktion der verantwortlichen Politiker, indem sie zwar die Gutachter beschimpfen, sich aber gleichzeitig frohen Herzens der Gutachter bedienen, um aus der Entscheidung zu flüchten.

Dazwischen gibt es natürlich eine Reihe ganz hervorragender Wissenschaftler, denen es selbst sehr übel über den Zustand ihrer Zukunft ist.

Zur „energiepolitischen Notwendigkeit“: Wir nutzen zur Energiegewinnung zu wenig Biomasse. Wir haben kalorische Kraftwerke, wie den „Donaudurchlauferhitzer“, bei denen wir die Abwärme nicht nutzen. Wir gehen geradezu verschwenderisch mit der Energie um. Wir haben die internationale Einsparungsquote noch lange nicht erreicht. Wir bekommen immer neue energiesparende Technologien.

Wenn eine Diskussion um ein solches Kraftwerk auf ehrlicher Basis stattfinden soll, dann nur auf der Basis eines ausgereiften Energieplanes mit allen Szenarien.

Erst vor einer nationalen existentiellen Gefährdung darf die Frage „Au oder Elektrizität“ gestellt werden. Die Au heute verbauen zu wollen, ist ein barbarischer Akt.

Dürfen wir einen der letzten Schätze der Natur ohne jede Not „günstig verkaufen“? Wenn wir solcher Art gewonnenen Strom im Export verkaufen, verkaufen wir einmalige Natur. *Die Republik geht ja auch nicht hin und verkauft die Kronjuwelen!*

Die Staustufe am Ausgang der *Stadt Wien* ist auf jeden Fall zeitlich vorzuziehen.

Zur anstehenden Entscheidung der drei *niederösterreichischen Bezirkshauptleute*: Ich finde – obwohl es der Behördenweg ist, daß man diese Leute mit einer solch schwerwiegenden Entscheidung nicht belasten darf. *Andererseits ist die österreichische Beamtenschaft in einzelnen Fällen dafür berühmt, daß sie sich selbst intensivstem politischem Druck nicht gebeugt hat.* Eine Chance zur Erhaltung der Au ist also auch hier noch „drin“.

Es bleibt aber festzuhalten:

- Die Regierung hat beschlossen, sie wolle Hainburg bauen...
- die Regierung ist Eigentümer der Donaukraftwerksgesellschaft...
- die Regierung hat durch ihren Handelsminister das angebliche „Volkswirtschaftliche Interesse“ bestätigen lassen...
- die Regierung hat durch Minister *Haiden*

den „bevorzugten Wasserbau“ erklären lassen.

Die Regierung kann die Verantwortung nicht auf diese Beamte abwälzen. Entscheiden diese für den Bau, so verbleibt die Schuld hierfür bei der derzeitigen Regierung!

Zum Schlagwort „Arbeitsplatzsicherung“: Dies ist ein neuer „Worthammer“, mit dem man hemmungslos auf mißliebige Leute eindrischt.

Wenn wir mit dieser Schizophrenie fortfahren, erklären demnächst bei einer Ausschreibung vierzehn von fünfzehn Firmen, sie müßten Leute entlassen. Denn nur eine kann den Zuschlag erhalten.

Wenn die Sorge um die Arbeitsplätze nur halb so groß gewesen wäre, wie die Herren vorgeben, dann hätte die DoKW in den letzten Jahren die „Kraftwerkspläne Wien“ so ausarbeiten müssen, daß jetzt ein zeitliches Vorziehen dieses Planes möglich wäre. Der Druck mit den Arbeitsplätzen ist der Versuch einer öffentlichen *Pression* und unstatthaft.

Der Informationsstand bzgl. der ökologischen Fragen um *Hainburg* ist in meiner Fraktion – wie überall – unzureichend. Der „Informations“-Vorsprung, den die Betreiber, die Industrie ganz allgemein haben, ist groß.

Es ist eine große Aufgabe für all die Natur- und Umweltinteressierten mitzuhelfen, diese Informationslücken – auch in der Öffentlichkeit – mit Sachinformationen zu füllen.

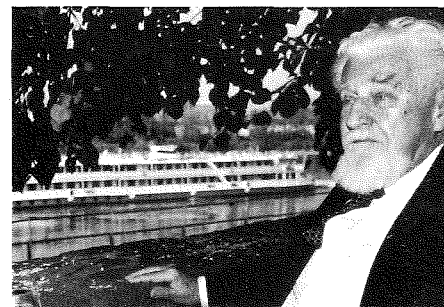
Nobelpreisträger Prof. Dr. Konrad Lorenz:

„Auf Ihre Fragen hin möchte ich einiges dem Sinne nach wiederholen, was ich einem Ihrer Kollegen kürzlich sagte. Möglichst viele Menschen sollten es hören und lesen: ‚Wissen wir überhaupt, was wir verlieren?‘

Die Donauauen sind eine Landschaft voller Wunder, vergleichbar den tropischen Urwäldern, ein „Dschungel“ unserer Breiten. Meine engste Heimat, die Greifensteiner Au, hat man vor meinen Augen großtechnisch verwüstet. An ihr hänge ich mehr als an meinem Vaterhaus und an meinem Garten.

Keine der Beteuerungen, mit denen man mich damals zum Stillhalten brachte, hat gestimmt. Nicht die vom „Weiterwachsenden Energiebedarf“, nicht die der „umweltschonenden Kraftwerkplanung“.

Ebensowenig wahr ist, daß wir das Hainburger Kraftwerk für den Rhein-Main-



Donau-Kanal brauchen. Die Donau ist unterhalb Wiens so gut wie ganzjährig für Europakähne mit 2,5 m Abladetiefe schiffbar. Wir werden aber die Wachau keinem Stauwerk opfern, nur um Schiffe dieses Tiefgangs 300 statt wie bisher 200 Tage pro Jahr durchzulassen. Ich wiederhole die oft gestellte Frage: ‚Warum sollen wir die ganze Flußlandschaft einem geplanten Kahn anpassen und nicht den Kahn dem Fluß?‘

Es ist übrigens nicht wahr, daß von unserer Regierung regiert wird. Unser Um-

welt- und Gesundheitsminister Steyrer weiß wahrscheinlich alles, was ich weiß und will alles, was ich will, aber er kann nicht. Der Politiker kann uns nicht helfen, wenn er glaubt, daß die Wähler nicht mitspielen. Wir müssen unsere Ideen so populär machen, daß jeder sie versteht – das Publikum ist übrigens viel weniger blöd, als die Medien glauben . . .

Ich versichere Sie, ich kenne unseren Bundesminister Steyrer gut genug, um zu wissen, daß er alles täte, was wir wollen, vorausgesetzt er könnte.

Wenn er allerdings in hilfloser Verzweiflung zwischen Baulobby auf der einen und renitenten Bürgerinitiativen auf der anderen Seite sagt: „Man kann doch nicht gegen alles sein – zuerst gegen Atomkraft, dann gegen schmutzige Kohle und jetzt auch noch gegen „saubere“ Wasser-

kraft . . .“, so darf ich ihn nur daran erinnern, daß wir als Ökologen nur das tun, was er aus ärztlicher Ethik längst tut: Er ist führendes Mitglied des Abstinenzbundes, er ist also gegen das Saufen, dann druckt er Plakate gegen das Rauchen und jetzt ist er auch noch gegen die „leichten Drogen“. Man kann doch nicht gegen alles sein . . . ?

Man kann! Man muß sogar manchmal, wenn man den Eid des Hippokrates geschworen hat wie er und ich – „primum nil nocere“ – vor allen Dingen nicht schaden!

Und schädlich ist jedes Wachstum des Energieumsatzes auf diesem endlichen, verletzlichen Ökosystem Erde, dessen einzige legitime Energieeinnahme die Sonnenenergie ist – und die wir nutzen lernen müssen ohne den letzten Auwald zu vernichten . . .“

Universitätsdozent Dr. Bernt Lötsch, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Inst. f. Umweltwissenschaften und Naturschutz, Wien

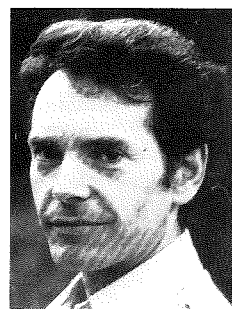
Großprojekte eines Typs, der 1950 noch Fortschritt war, würden 1984 zum Verbrechen. Nicht die Naturschützer – die Natur ist nicht mehr kompromißfähig.

Die bisherigen Vorgänge rund um das Projekt Hainburg erschüttern das Vertrauen in den Rechtsstaat.

1. Die Absicht der Regierung steht in klarem Widerspruch zum geltenden N.ö. Naturschutzgesetz, welches irreparable Schädigungen des Landschaftshaushaltes (Grundwasserführung, Pflanzenkleid und Tierleben) sowie Veränderungen des Landschaftsbildes in diesem Gebiet strikt und ausnahmslos verbietet.

2. Die Absichtserklärung der Regierung setzt sich über zwei internationale Übereinkommen zum Schutze der Feuchtgebiete und bedrohter Arten hinweg – ohne das erforderliche „dringende nationale Interesse“ nachweisen zu können (was so viel hieße wie „Österreich ist ohne dieses Kraftwerk existenzgefährdet“ – was es natürlich nicht ist.)

3. Ebenso erfolgte die Erklärung des Kraftwerksprojektes zum „bevorzugten Wasserbau“ fahrlässig, weil die touristischen Chancen des Alternativkonzeptes – eines „Donau March Thaya Auen-nationalparks“ – nicht in die volkswirtschaftliche Prüfung einbezogen wurden . . . ebensowenig wie die ökologischen Folgeschäden der Auenzerstörung und die ungelösten Hygieneprobleme im geplanten Stauraum. Außerdem steht das Projekt nicht unter Zeitdruck, erfordert daher kein Beschleunigungsverfahren. Im Gegenteil: Jede Verzögerung



Dr. Bernt Lötsch
Universitätsdozent
Österreichische
Akademie der
Wissenschaften,
Institut für Umwelt-
wissenschaften und
Naturschutz, Wien

hilft bei der Klärung der vielen offenen Fragen.

4. Der häufige Hinweis auf die angebliche Substitution von Öl durch das Stauwerk ist irreführend. Die Regierung scheint sich nur dann um Brennstoffverschwendung zu sorgen, wenn sie damit eine neue Naturzerstörung rechtfertigen möchte.

So gestattet sie den Bau eines ebenso überflüssigen kalorischen Großkraftwerkes ohne Abwärmenutzung, bei dem jährlich eine Wärmemenge von 600 000 t Steinkohle sinnlos durch die Donau gekühlt werden soll – ein „Durchlauferhitzer für die Donau“. Das vernichtete Energieäquivalent entspricht der Menge, welche das Stauwerk Hainburg liefern soll.

Im übrigen gehen nur 6% des österr. Mineralölverbrauches in Kraftwerke, die kalorische Stromerzeugung macht nur rund 1/4 der österr. Elektrizitätsaufbringung aus (3/4 fließen aus vorhandener Wasserkraft), außerdem verbrauchen wir heute um 10% weniger fossile Energie für die Stromerzeugung als 1978.

Die E-Wirtschaft ist in Österreich demnach weder eine Schlüsselbranche für den sauren Regen noch zur Einsparung größerer Fossilenergiemengen – die Sparmöglichkeiten liegen bei Industrie, Hausbrand und Verkehr und würden dort 40% der Rohenergie betragen! Außerdem sollte die E-Wirtschaft zuerst ihre kalorischen Kraftwerke (und Brennstoffe) entschwefeln und die Abwärmenutzung vorantreiben. Durch die Zerstörung von 500–800 ha gesunden Auwaldes beim Kraftwerksbau (und weiterer durch Abschneiden vom Fluß) wird kein einziger sterbender Fichten- oder Buchenforst gerettet.

5. Am bedenklichsten stimmt der fatale Selbstbetrug, dem einige Spitzenpolitiker derzeit erliegen. In dem verzweifelten Bestreben, dem Drängen bauwütiger Gewerkschaften und Großfirmen nachzugeben, reden sie sich und den Bürgern ein, die Au selbst benötige das Großkraftwerk zum Überleben – andernfalls werde sie ohnehin im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts austrocknen – da sich das Donaubeet seit 1870 um 1 m eingegraben habe. Keiner der 25 unabhängigen Naturschutzsachverständigen des Landes N.ö. teilt diese Ansicht. Die erwähnte Wasserspiegelabsenkung gibt es nur beim winterlichen Niederwasser der Donau – wenn die Au mit Schnee und Eis in Kältestarre ruht – die Mittel- und Hochwasserstände im Sommerhalbjahr, von denen die Vegetation lebt, sind so hoch wie früher – was durch den guten Zustand der betroffenen Auen bei Hainburg bestätigt wird. Außerdem – selbst wenn man im Lauf der nächsten Jahrzehnte zur Ansicht käme, die Wasserverhältnisse des Auwaldes sichern zu müssen, wäre der Brutalakt des Großkraftwerksbaues der falsche Weg:

Das Lebenselixier der Auen sind Überschwemmungen – vor allem die direkte Verbindung mit dem Fluß. Die starken Spiegelschwankungen sind die großen Atemzüge dieser Landschaft, der pulsierende Wechsel zwischen Staunässe und Durchlüftung des Wurzelraumes.

Gerade diese ökologischen Bedingungen zerstört das Kraftwerk – nicht nur durch direkte Vernichtung von 600–800 ha für Maschinenhaus und Stauwanne, sondern auch in der angrenzenden Au: Kilometerlange häßliche Uferdämme säumen das neue, künstlich abgedichtete Donaubeet und schneiden die Auen vom lebensspendenden Flußregime ab. Im Bereich vergleichbarer Donaukraftwerke etwa in den Kremser Auen, haben sich die Grundwasserverhältnisse deutlich verschlechtert – dort vertrocknet die Au, und zwar nicht nach 50 Jahren sondern jetzt.

Und die Dynamik echter Überschwemmungen, denen der Auwald sein wechselndes Antlitz verdankt, ist durch ein paar Wassergaben aus Dotierbauwerken nicht ersetzbar.

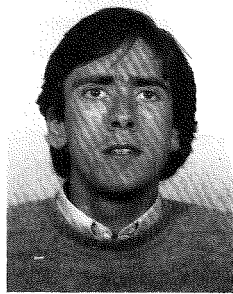
Hingegen wäre (– sollte das einst nötig sein –) eine Reihe kulturtechnischer Maßnahmen zur Sicherung des Auwaldcharakters denkbar – von technischer Flußsohle stabilisierung bis zu Bewässerungs-

kanälen von weiter oben. Wer soll's bezahlen, hört man dann. Nun – wenn das Kraftwerk Hainburg **nicht** gebaut wird, erspart sich der Bund rund 4 Milliarden Schilling, die er der Kraftwerksgesellschaft für die teuren Schiffahrtsschleusenanlagen aus Steuermitteln zugesprochen hätte. Um einen Bruchteil dieser Summe wären spätere Begleitmaßnahmen für den „Donau-March-Thaya-Auen-Nationalpark“ möglich.

Gespräch mit Dr. E. Rasinger, Umweltschutzreferent der Österreichischen Ärztekammer

Anlässlich einer Sitzung der Umweltschutzreferenten aller österreichischer Ärztekammern an Ort und Stelle wurde bedauert, daß durch den Bau eines Kraftwerkes die schönste geschlossene Aulandschaft Mitteleuropas vernichtet werden würde. Bestrebungen, einen vom World Wildlife Fund geplanten Nationalpark Donau-March-Auen zu errichten, würden dadurch illusorisch. Außerdem forderten die Umweltschutzreferenten eine Klärung der möglichen Grundwassergefährdung des Marchfeldes und der Lobau. Sie forderten eine eindeutige Klarstellung durch unabhängige Fachexperten, daß keinerlei Bedrohung für die Trinkwasserentnahme in der Lobau gegeben ist. Aus der Lobau wird ein Teil der Wiener Wasserversorgung gespeist. Dies ist insofern noch bedenklicher, da die dritte Wiener Wasserleitung im Bereich der *Mitterndorfer Senke* aus Verschmutzungsgründen gesperrt werden mußte. Der Hygieniker Prof. *Glawogger* (Graz) forderte in diesem Zusammenhang eine zusätzliche bakteriologische Untersuchung aller Brunnen im Marchfeld und in der Lobau. Außerdem warnten die Umweltschutzreferenten vor möglichen Auswirkungen des Kraftwerkes auf die Heilquellen des bekannten Kurortes *Bad Deutsch Altenburg*. Je nach Standort des Kraftwerkes ist eine Gefährdung durch Versiegen oder Verschmutzen der Schwefelquellen nicht ausgeschlossen. Dies könnte, so warnte *Vizepräsident Obermedizinalrat Dr. Herbert Christ*, der Leiter des Umweltschutzreferates der Österreichischen Ärztekammer, das Ende der Schwefelquellen für den Kurort *Bad Deutsch Altenburg* sein.

Von **GU** nach seiner persönlichen Einschätzung der gegenwärtigen Vorgänge um den umstrittenen Kraftwerkbau befragt, wiederholte *Dr. Rasinger* seine Ende Februar 1984 in der „Österreichischen Ärztezeitung“ gemachten Aussagen:



Dr. Erwin Rasinger
Umweltschutzreferent
der Österreichischen
Ärztekammer

„In einer gemeinsamen Pressekonferenz forderten kürzlich die Gewerkschaft, die Arbeiterkammer, die Bundeskammer und die Industriellenvereinigung eine unverzügliche Entscheidung und keine weitere Verzögerung des Baubeginns. Bei einem Baugipfel mit der Regierung forderten die Bauwirtschaft und die Gewerkschaft, daß man die umstrittenen Projekte durchziehen sollte.“

Es ist somit ganz klar geworden, daß die Entscheidung um Hainburg eine rein politische geworden ist und nicht mehr ein Grundsatzkonflikt Ökologie – Ökonomie.“

Dies sei bedauerlich, meinte Rasinger abschließend.

Gespräch mit Dr. F. Pesaro, „Bürgerinitiative zur Rettung der Auen“

Kein Techniker kann heute mehr in eine intakte, unbelastete Umwelt hinein seine Pläne verwirklichen. Es ist nicht ihm anzulasten, daß er heute, insbesondere in Europa, auf eine multifaktoriell geschädigte Landschaft stößt und durch die Realisierung seiner Projekte latente oder bisher kompensierte Mängel manifest und akut macht, somit unter Umständen einen irreversiblen Zustand schafft, der die Lebensgrundlagen weiter Bevölkerungskreise in Frage stellt oder die Volksgesundheit bedroht.

Besonders schwerwiegend sind Kollisionen mit Trinkwasserversorgung, Abwasserent-

sorgung und Grundwasserreserven. Die geplante Staustufe Hainburg kollidiert nicht nur gleich mit diesen drei Bereichen; die Bedrohung der seit der Antike bekannten Heilquellen *Deutsch-Altenburgs*, und der Hochwasserschutz gesellen sich noch dazu. Die Abklärung auf allen Gebieten muß als ungenügend, mangelhaft oder total fehlend bezeichnet werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie hat eine Denkschrift verfaßt, in der es heißt, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine enge Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen erforderlich ist, und daß zur Lösung ihrer Fragestellung die Mitwirkung von Medizinern, Veterinären und Naturwissenschaftlern nötig ist. Ebenso fordert die WHO einen „Umweltarzt“, der rechtzeitig die Gefahren, die sich aus Umweltveränderungen ergeben, erkennen soll.

Allerdings, welcher Wissenschaftler kann im konkreten Fall „Hainburg“ Prognosen stellen?

Es fehlen grundsätzliche Untersuchungen. Wer kann, von Stichproben ausgehend, eine fundierte Aussage machen? Alle bisher durchgeführten Untersuchungen (Donaubefahrung mit in toto 30 Proben, 1 x pro Jahr, davon unterhalb von Wien 6 Proben, 2 x pro Jahr) sind nur als Orientierungswerte einzustufen. Zur Berücksichtigung dieser Situation müßte man methodisch anders vorgehen. Wenn die Kläranlage einer Millionenstadt in die Stauwurzel eines Kraftwerkes münden soll, dieser Stausee als Naherholungsgebiet für die Wiener und zukünftiges Wassersportgebiet angepriesen wird, stehen wohl hygienische Überlegungen im Vordergrund. Diese beschränken sich aber nicht auf die Kläranlage Wien, die in der Schlammverwertung ernste Probleme hat.



Dr. med.
Friederike Pesaro
Mitarbeiterin des WWF
und der „Bürgerinitiative
zur Rettung der Auen“;
Schwerpunkt Umwelt-
hygiene –

Sie müssen die Einleitungen im gesamten Staugebiet erfassen. Dem Risiko des „Kip-pens“ einer Kläranlage muß ferner Rechnung getragen werden. Dies ist nicht dem Ingenieur, sondern dem jeweiligen „chemischen Sünder“ anzulasten. Die Erholungsphase der Biologie einer Kläranlage kann eine unverantwortlich lange Zeit in Anspruch nehmen.

Zu betonen ist: die medizinische Forschung ist nicht auf dem Niveau der Fünfzigerjahre stehen geblieben, sondern hat sich rapide weiterentwickelt und tut dies noch immer. Besonders die Virologie ist ein Gebiet im Fluß. Dem entgegen stehen die aus eben diesem Zeitraum datierenden Pläne des Gesamtausbaus der Donau. Auch im Interesse der DoKW läge es, aber vor allem am Verantwortungsbewußtsein einer Regierung, zuerst zu denken und dann zu handeln.

Es ist keine Schande, unrichtige oder voreilige Entscheide gefällt zu haben, dies ist entschuldbar. Unverständlich und unentschuldbar ist hingegen das Festhalten daran, wenn sich im Nachhinein schwere Bedenken ergeben.

Bevor nicht hygienische Unbedenklichkeits-erklärungen von neutralen Gutachtern und von allen Seiten vorliegen, ist mit einer Inangriffnahme der Bautätigkeit zuzuwarten.

sind ein von allen internationalen Organisationen anerkanntes Ökosystem von europäischer Bedeutung. Wir bitten Sie deshalb eindringlich, dem Herrn Bundeskanzler unseren Wunsch zu übermitteln, dieses europäische Natur- und auch Kulturerbe ersten Ranges in seinem heutigen Erscheinungsbild zu erhalten und alles in seiner Macht stehende zu tun, um die geplante Kraftwerksstufe zu verhindern und die Donaulandschaft unter dauerhaften Schutz zu stellen."

gez. Dr. F. Beck, Präsident

J. Biedermann, Vizepräsident

Statement des WORLD WILDLIFE FUND (WWF), Österreich

Wir votieren gegen den Bau.

1. Weil das Kraftwerk zumindest derzeit als Energielieferant nicht gebraucht wird.

Das ist eine Aussage der E-Wirtschaft und braucht daher nicht weiter kommentiert zu werden.

2. Weil der WWF/International zusammen mit der IUCN ein Dreiländerprojekt „Schutz der letzten Auwälder“ in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich ins Leben gerufen hat.

Einmal mehr hat sich dabei herausgestellt, daß Österreich den Entwicklungen seiner westlichen Nachbarstaaten hinterherhinkt:

Österreich hat noch Naturlandschaften von höchster internationaler Bedeutung, unternimmt aber offensichtlich alle Anstrengungen, die Fehler im Sinne von Zerstörung nachzuholen.

Dieser „Nachholbedarf“ kollidiert jedoch mit zwei Faktoren:

Erstens ist das Umweltbewußtsein geradezu explosionsartig gestiegen.

Zweitens gehört das betroffene Auengebiet zwischen Wien und Hainburg zu den wenigen relativ intakten Landschaftsjuwelen Europas.

3. Weil Kraftwerk und Au einander ausschließen:

Die Erfahrungen am Rhein beweisen eindeutig, daß trotz Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten die



Dipl. Ing. W. Walter
Geschäftsführer des
Welt Natur Fonds,
Österreich

Überschwemmungsdynamik und die Dynamik des Grundwasserpegels nicht ersetzt werden kann.

Die Folge ist eine fortschreitende Artenverarmung. Daß Artenschwund zu den gravierendsten weltweiten Problemen gehört, kann mittlerweile als bekannt vorausgesetzt werden.

4. Weil hygienische Bedenken immer größer werden:

Dieser Aspekt wurde von den Kraftwerksplanern völlig unbeachtet gelassen. Die Untersuchungen der von den Naturschutzverbänden (!) zu dem Hygieneproblem eingeschalteten Experten haben ergeben, daß jede Verniedlichung dieser Problematik weite Bevölkerungskreise direkt in gesundheitliche Gefahr bringen könnte. Es sind große Trinkwasserbrunnen der Stadt Wien und die berühmten Heilquellen von Deutsch Altenburg betroffen.

Dipl. Ing. W. Walter
Geschäftsführer

Eine ähnliche Petition richtete am 20. 12. 1983 die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL), unterzeichnet durch ihren Ehrenpräsidenten, Prof. Dr. F. T. Wahlen, und den Geschäftsleiter, Dipl. Ing. H. Weiss, an den österreichischen Bundeskanzler.

Bereits schärfer reagierte Roland Wiederkehr, der Geschäftsführer der Stiftung „World Wildlife Fund Schweiz“ für die natürliche Umwelt am 23. 12. 1983, nachdem Minister Haiden den „bevorzugten Wasserbau“ erklärt hatte:

„Hochgeehrter Herr Bundeskanzler,

Wir sind bestürzt über den Entscheid des Landwirtschafts-Ministeriums, Hainburg zum „bevorzugten Wasserbaugebiet“ zu erklären. Währenddem sich ringsum in Westeuropa der Anbruch einer Zeit der Versöhnung zwischen Mensch und Natur abzuzeichnen beginnt, will sich Österreich die Hypothek zerstörter letzter Donauauen aufladen — als ob Österreich zwanghaft die Fehler begehen müßte, die in umliegenden Ländern vor 10 Jahren begangen wurden. Wir appellieren an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Österreich — das immer noch ohne Nationalpark ist — nicht zum naturschützerischen Entwicklungsland verkommen zu lassen!

Der WWF Schweiz und seine europäischen Schwesterorganisationen werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Bruch internationaler Verträge widersetzen und sich für die Erhaltung der Auen als einzigartigem europäischen Erbe wehren...

Die „Naturärzte-Vereinigung der Schweiz“ artikuliert am 25. 2. 84 ihre Bedenken an die Adresse des österreichischen Bundeskanzlers wie folgt:

(1) Der Stau würde nach Meinung maßgeblicher Experten zu einer Gesamtzerstörung des Auwaldes von ca. 5000 bis 8000 Hektar und damit auch zur Vernichtung eines in Europa einzigartigen Feuchtbiosphären führen.

(2) Im weiteren befürchteten Experten, daß die Grund- und Trinkwasserversorgung im gesamten Wiener Becken beeinträchtigt werden könnte: Bildung von Infektionsherden größte

Reaktionen in Liechtenstein, der Schweiz und in Deutschland

Deutsche Vereinigungen sind keinesfalls die einzigen in Europa, die — resultierend aus dem RAMSAR-ABKOMMEN und der BERNER KONVENTION — gegen die Vernichtung der Donau-Aulandschaft protestieren.

Bereits am 16. 12. 1983 wandte sich die „Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz“ an

den Honorarkonsul der Republik Österreich in Schaan:

„Sehr geehrter Herr Konsul,

Natur- und Umweltekreise in ganz Europa sind besorgt über die Bedrohung der Auen zwischen Wien und Hainburg... Die Donau-Auen

ren Ausmaßes zufolge der z. Z. noch ungeklärten Abwässer, die ins gleiche Sammelbecken fließen und im Zeitalter des ausgedehnten Luft-, Bahn- und Autoverkehrs ganze Teile von Europa betreffen würden.



Dr. E. Schneider
Teufen/Schweiz
1. Vorsitzender der
Naturärztevereinigung
der Schweiz

„Viele unserer Patienten“, so heißt es, „besuchen gerne und oft Ihre Heilbäder. Es erschiene ungerecht, wenn mit Hilfe deren Devisen ein solches Projekt mitfinanziert würde...“

gez. Dr. E. Schneider
H. Chesini

Von Deutschland aus meldete sich Dr. Claus König, Präsident des „Deutscher Bund für Vogelschutz e. V.“ bereits am 27.10.83 mit der folgenden Resolution zu Wort:



Dr. Claus König
Präsident des
„Deutscher Bund
für Vogelschutz e. V.“

„Die deutschen naturwissenschaftlichen und Naturschutz-Verbände

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Deutscher Bund für Vogelschutz

Deutsche Ornithologen-Gesellschaft

Deutsche Sektion des Internationalen Rates für Vogelschutz

Komitee gegen den Vogelmord

World Wildlife Fund Deutschland

haben mit größter Besorgnis die Absicht der Österreichischen Donaukraftwerke AG (DoKW) zur Kenntnis genommen, im Raum Hainburg/Donau ein Flußkraftwerk zu errichten. Mit dem Bau dieses Kraftwerkes würden nach unseren gesicherten Erkenntnissen nicht nur rund 800 ha wertvollster Auen-Lebensräume direkt durch Baumaßnahmen vernichtet, sondern der gesamte Auenbereich zwischen Wien und Hainburg dauerhaft und aufs Schwerste geschädigt. Entsprechende Erfahrungen konnten am südlichen Oberrhein in Frankreich und Deutschland gemacht werden.

Die Donau-Auen zwischen Wien und Hainburg stellen heute im weiteren Zentral- und Westeuropa die letzten, großflächigen, standörtlich intakten Auen-Lebensräume dar. Zu Ihrer Erhaltung hat sich die Bundesrepublik Österreich durch Unterzeichnung des Ramsar-Abkommens ausdrücklich verpflichtet. Die deutschen Naturschutzverbände richten daher an die Österreichische Bundesregierung – Herrn Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz – die eindringliche Bitte, dem Geist und dem Wortlaut des Ramsar-Abkommens entsprechend jeglichem Ausbau der Donau unterhalb Wiens eine Absage zu erteilen. Stattdessen sollte die Errichtung des Auen-Nationalparks wie im Bundesgesetz zum Ramsar-Abkommen vorgesehen, raschest verwirklicht werden.“



Dr. Gerhard Thielcke
Vorsitzender
„Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e. V.“
(BUND)

Am 27.1.84 meldet sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) über seinen stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Gerhard Thielcke. Sein Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler führt u. a. folgendes aus:

„Die Zerstörung dieses Gebietes hätte zweierlei Konsequenzen:

– Österreich würde sich als Kulturlandschaft verabschieden, weil es vorsätzlich ein Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung zerstören würde – einen der letzten Auwälder, die in Mitteleuropa schon fast vollständig vernichtet worden sind.

– Österreich würde als seriöser Vertragspartner ausscheiden, weil es sich im Ramsar-Abkommen zum Schutz dieses Gebietes verpflichtet hat und diese Verpflichtung brechen will.

Der BUND ist mit seinen 75.000 Mitgliedern mit den österreichischen Naturschützern einig und protestiert gegen das Vorhaben aufs schärfste.

Der BUND wird seine Mitglieder und alle Deutschen auffordern, Österreich als Urlaubsland zu meiden, falls Ihre Regierung an den Plänen festhält...“

Zu dieser Zeit formulierte die GU: „Staatliche verordnete Umweltzerstörung... Ist die österreichische Regierung nur noch durch einen europaweiten Aufruf zum touristischen Boykott des Landes zur Raison zu rufen?“

Eine Antwort kam aus Österreich. Die des Büros des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie und Vizekanzlers Dr. N. Steger, unterzeichnet Dr. Volker Kier, den wir auf Seiten der Befürworter des Kraftwerkes bereits aufführten: „Gerade in einer in der Bundesrepublik Deutschland erscheinenden Zeitschrift befremdet ein Aufruf zum touristischen Boykott der Republik Österreich ganz besonders. Auch wenn er „europaweit“ angelegt werden soll, so erinnert er doch fatal an die wirtschaftspolitischen Erpressungen des nationalsozialistischen Reiches unseligen Andenkens...“ Solche Entgleisungen sollte sich ein Polit-Profi eigentlich nicht leisten, auch wenn die Personaldecke der FPÖ knapp bemessen sein sollte, und die FPÖ erst einige Monate die Regierungsverantwortung mitträgt.

Österreichische Jungpolitiker scheinen dennoch lernwillig zu sein. Bereits nach 14 Tagen, im Verlaufe des Gesprächs, das die Stellungnahme des Steger-Ministeriums zu Hainburg präzisiert, sah Dr. Volker Kier einen möglichen Boykott bereits realistischer: „Wir sagen unseren grünen Freunden immer: Tut's net Eure Argumente, die Eure ethischen Argumente im wesentlichen ausmachen, ständig nach vorne stellen. Versucht's immer die erste Runde schon mit wirtschaftlichen Argumenten zu gewinnen, die ethischen Argumente bleiben Euch eh noch für die zweite Runde.“ Daß man beides ungefähr zur gleichen Zeit machen muß, um keinen Identitätsverlust zu erleiden, weiß ich schon. Einen Technokraten überzeuge ich eher mit wirtschaftlichen Argumenten, und das sehe ich auch grundsätzlich hinter der Idee des touristischen Boykotts...“ (Tonband-Text).

Was war inzwischen geschehen?

Deutsche Heilpraktiker, Landesverband Bayern e. V. hatte den Kanzler, Dr. F. Sinowatz, gebeten, die Hainburg-Pläne nochmals im Kabinett zu diskutieren.

„Wir sehen uns“ so der Vorsitzende Gerhard Glas „als bayerische Standesvertretung von mehr als 900 Heilpraktikern außerstande:



Gerhard Glas
Vorsitzender des
Landesverbandes
Bayern e. V.
der Deutschen
Heilpraktikerschaft (DH)

1) der Kollegenschaft abzuraten, Hainburg betreffende Presseauschnitte zur Unterrichtung ihrer Patienten in den Wartezimmern auszulegen. Auch solche nicht, die

den Lesern einen touristischen Boykott Österreichs aus Protest gegen die Pläne Ihrer Regierung zu bedenken geben;

- 2) die Kollegenschaft davon abzuhalten, ihren Patienten in Zukunft den Besuch österreichischer Bäder, so Bad Aussee, Bad Gastein, Bad Ischl, Kleinkirchheim, Villach etc. nicht mehr zu empfehlen..."

G. Wertsch formulierte den Unwillen der von ihm vertretenen Kollegen mit dem 18. 2. 84 wie folgt:

„Als Präsident der UNION DEUTSCHER HEILPRAKTIKER E.V., die mehr als 2000 Mitglieder hat, die täglich von etwa 50000



Gerhard J. Wertsch
Heilpraktiker
Präsident der Union
Deutscher Heilpraktiker
e.V.

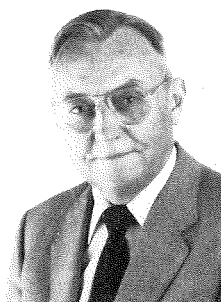
Menschen konsultiert und um Rat – auch in Urlaubsfragen – gefragt werden, wurde ich in den letzten Tagen häufig auf den oben genannten Vorgang hingewiesen. Alle diese Gespräche haben denselben Tenor: Unverständnis über solch zerstörerische Eingriffe in ein so einzigartiges Stück Natur – ausgerechnet in einem Land, das gerade wegen der Schönheit seiner Natur und Landschaften ein bevorzugtes Erholungs- und Urlaubsland ist!

Als alter Österreichurlauber kann ich nur wünschen, daß das zerstörerische Vorhaben nie Wirklichkeit wird, und ich kann nur wünschen, daß diese Vorgänge keine zu starke Einwirkung auf das touristische Image Ihres Landes haben..."

Die „Deutsche Volksgesundheitsbewegung“, Dachorganisation von ca. 400.000 Mitgliedern, betonte in einem Schreiben an Dr. F. Sinowatz, es gehe nicht um das Kraftwerk selbst, sondern um seinen Standort, der zur Vernichtung des großartigen Feuchtbiotops führe.

„Dies wäre ein irreversibler Schaden für ganz Europa“, so der Präsident H. G. Forker, „für alle Naturliebhaber, für die hunderttausende erholungssuchenden Europäer, die in Ihrem Lande Naturbelassenheit, nicht die zunehmende Industrialisierung ihrer eigenen Heimatländer vorzufinden hoffen.

Ich muß Ihnen sagen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß der in einer Reihe von Publikationen der hiesigen Presse angeregte touristische Boykott Österreichs für den Fall des Kraftwerkbbaus in „Hainburg“ bei der Bevölkerung der BRD auf entsprechende Resonanz gestoßen ist..."



Hans-Georg Forker
Präsident der
Deutschen Volks-
gesundheits-Bewe-
gung e.V. (DVB)

Auch die interdisziplinäre „Arbeitsgemeinschaft für Klassische Akupunktur und traditionelle chinesische Medizin e.V.“ mit ihren 300 Heilpraktikern, Ärzten, Veterinären und Sino-ologen hatte ihrer Empörung inzwischen Luft gemacht. Sie informierte nicht nur den österreichischen Kanzler und die Ministerien, sondern auch den Österreichischen Heilbäder- und Kurorte-Verband, Wien, über den beabsichtigten persönlichen touristischen Boykott der Mitglieder wie ihre Weigerung, weiterhin Patienten österreichische Heilbäder oder Kurorte zu empfehlen.

Mit pointierten Hinweisen auf die ungelösten wasserhygienischen wie ökologischen Folgeprobleme der Staustufe Hainburg schlossen sich zwei weitere Heilpraktikerverbände dem Boykott an:

- Heilpraktikerverband Rheinland-Pfalz mit mehreren hundert Mitgliedern
- Landesverband Baden-Württemberg der UNION Deutscher Heilpraktiker unter ihrem Vorsitzenden Josef Weiß.

Die Resolution der Kooperation Deutscher Heilpraktikerverbände schließlich, die die drei großen Berufsverbände vertritt, wandte sich unter Federführung ihres Generalsekretärs, Klaus Schwarzbach, ebenfalls an den Kanzler (Auszug):

„Die Kooperation vertritt mehr als 7200 Kolleginnen und Kollegen der insgesamt 8100 Heilpraktiker und damit die Interessen von 10 Millionen von insgesamt 12 Millionen natur- und umweltbewußten Patienten, die die Hilfe von Heilpraktikern jährlich suchen.

Die Präsidenten haben sich nach fachlicher kollegialer Diskussion nochmals selbstausgiebig mit der Thematik beschäftigt und bitten um Kenntnisnahme der folgenden Resolution:

Wir begrüßen das uns bekanntgewordene Vorgehen der Schweizer, Liechtensteiner und Deutschen Natur- und Umweltschutzverbände, die sich gegen den beabsichtigten Bau des Flußkraftwerkes mit Standort in der Schöpfenreuther Au, kurz vor Einmündung der March, aussprechen.

Wir befürworten die Errichtung eines Donau-March-Thaya-Nationalparks.

Wir haben wie die bereits genannten Verbände Bedenken, nicht nur solche ökologischer, sondern auch epidemiologischer und trinkwassertechnischer Art.

Wir können und werden der Kollegenschaft nach Kenntnisnahme der Sachargumente nicht davon abraten, einen persönlichen wie auch Patienten-Boykott Österreichs zu befürworten.

Eine bereits weitgehend geübte Empfehlung anderer als österreichischer Kurorte und Heilbäder an die Adresse ratsuchender Patienten sehen wir nicht als Verletzung der medizinischen Sorgfaltspflicht.

Die Anmeldung unserer Bedenken bzw. die Bitte, vom beabsichtigten Bau des Flußkraftwerkes Hainburg unter Ausschöpfung aller weiteren Vorschläge abzusehen, sehen wir – wie die befreundeten nationalen und internationalen Verbände unter dem Gesichtspunkt der Abkommen von RAMSAR und BERN, die in Ihrem Lande im April resp. September 1983 in Kraft traten.

Wir hoffen, daß – unabhängig von der Entscheidung des Niederösterreichischen Landtages – unsere berechtigten Bedenken zur Kenntnis genommen werden und zusammen mit denen der übrigen Verbände, Organisationen und Einzelpersonen zur Wiederaufnahme der Diskussion im Kabinett und Nationalrat führen werden..."

Den vorläufigen Schlußpunkt in der Angelegenheit setzten zwei Ereignisse:

Zunächst eine Pressekonferenz des Dachverbandes der deutschen Naturschutzverbände, mit insgesamt 3,3 Millionen Mitgliedern, in München. Hier verkündeten der „Deutsche Naturschutzring e.V.“ (DNR) und der „Deutsche Bund für Vogelschutz“ (DBV):

„Für den Fall, daß das Kraftwerk Hainburg gegen alle Vernunft doch gebaut wird, kündigen DNR und DBV einen Urlaubsboykott von Österreich an.

An diesem Boykottaufruf werden sich mindestens 10% der 3,3 Millionen DNR-Mitglieder beteiligen. Erfahrungsgemäß verbringt davon etwa jeder 4. seinen Urlaub in Österreich. Bei einem Aufenthalt von 10 Tagen sind das mindestens 800.000 Übernachtungen im Jahr bei einem Umsatz von mindestens 1 Milliarde Schilling.

Etwa 1.000 Arbeitsplätze und das internationale Ansehen Österreichs stehen auf dem Spiel!"

Das zweite Ereignis war, daß sich der Nestor der Verhaltensforschung und unermüdliche Kämpfer für die Erhaltung der Auwälder, Prof. Dr. Konrad Lorenz, nochmals zu Wort meldete. Er ließ am 22. 3. 1984 dem Europarat in Straßburg eine Erklärung übergeben.

GU wird weiter berichten . . .